

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonntage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis bei Selbstabholung von der Druckerei monatlich 20 Pf., monatlich 20 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk.; durch unsere Ausleger gegen monatlich 30 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Ausleger und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Besetzung der Redaktionen, der Lieferanten oder der Druckereibetriebe — hat der Expedient seinen Ansuchen auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des Druckpreises. / Ferner hat der Expedient in den abgelaufenen Jahren keine Anträge, falls die Zeitung verfallen, in befristeter Auflage oder nicht erscheint. / Einzelne Exemplare der Nummer 10 Pf. / Inseraten sind nicht persönlich zu übernehmen, sondern an den Verleger, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Anzeigen in Briefen werden nicht berücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Inserentenpreis. Die für die gewöhnliche Korrespondenz oder deren Raum, Lokalpreis 1 Pf., Nationalpreis 1 Pf., alle mit 10% Leerungsgebühr. Zeitungs- und tabellarischer Satz mit 20% Zuschlag. Bei Wiederholung und Jahresrückgaben entsprechende Nachlässe. / Anzeigen in den amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spalten 40 Pf. / Die / Nationalpreis und Osterausgabe 20 Pf. / 30 Pf. / Telephonische Bestellungen werden nicht angenommen. / Die / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Die Geschäftsstelle des Verlegers ist die Postkassette 304. / Für das Schreiben der Inseraten an bestimmten Tagen und Wochen wird keine Gebühr geleistet. / Schriftliche Bestellungen 25% Zuschlag ohne Nachschub. / Die Redaktionen und Verleger haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Schlichter, längeres Ziel, verbindliche Einziehung, erzwungene Verzinsung. / Inserenten bedingen die Berechnung des Druckpreises. / Wenn nicht schon früher ausdrücklich oder rückwärtig als Erfüllungsort Wilsdruff vermerkt ist, gilt es als vereinbart, durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Rechnungsdatum an, Widerspruch erhebt.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Sprechsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 159.

Donnerstag den 11. Juli 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Lebhafte Gefechts-tätigkeit an der Oys und Somme.

Die Schuld von Salunken.

Man merkt es den Kundgebungen der Moskauer Regierung zur Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach an, daß die Entrüstung, die sie über diese Schandtat an den Tag legen, echt ist. Sie sprechen von den Salunken, die sich zur Ausführung des Verbrechens hergegeben haben, von Verrat an der Sache der Sowjets zugunsten von Leuten, die Rußland in einen Krieg zu verwickeln trachten, und von der beabsichtigten Wiederherstellung einer Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Rußland befindet sich augenblicklich auf dem Wege zu einem Kriege — durch die Schuld von Salunken aus den Reihen der Sozialrevolutionäre, die nimmermehr in einen offenen Aufstand gegen die Regierung eingetreten sind. Ein Wahnsinn sei es, Rußland jetzt in einen Krieg zu verwickeln, und es bestünde auch nicht der leiseste Zweifel, daß der Aufstand schnellstens unterdrückt werden würde. Alle Anhänger Lenins werden zu den Waffen gerufen in Verbindung mit der abermaligen Mobilisierung zweier Jahrgänge, soweit deren Angehörige in Moskau wohnhaft sind, und — einer erheblichen Steigerung der Löhne für die Soldaten der Roten Armee; die „eraste Arbeit“, die ihnen in der letzten Zeit durch den Kampf auf der inneren und der äußeren Front verurteilt worden ist, reifere diese Maßnahme. Der Bürgerkrieg ist also jedenfalls wieder erneut im Gange in Rußland; was dann noch folgt, kann heute niemand wissen.

Die Bolschewisten haben wohl alle Veranlassung, über den Wahnsinn zu jammern, der sich jetzt gegen sie erhebt, aber wenn sie geredet sein könnten — im Augenblick darf man ihnen eine solche Zumutung natürlich nicht stellen — würden sie zugeben, daß in diesem Wahnsinn wirklich Methode liegt: er ist nur die Fortsetzung des Kampfes, der Lenin und seine Genossen zur Macht gebracht hat, und wird mit denselben Mitteln geführt, deren sie sich bedienten, als es galt, Kerenski und die durch ihn vertretenen Schichten der Bevölkerung von der Regierung zu verdrängen. Seldem ist die nackte Gewalt in Rußland auf den Thron gestiegen. Man hat die vorher noch rechtmäßig gewählte konstituierende Versammlung auseinandergerissen, weil voraussehen war, daß sie nicht unbedingt zu allen Ja und Amen sagen würde, was von ihr verlangt werden würde, und man ist mehr und mehr dazu übergegangen, die Macht ausschließlich in die eigene Hand zu nehmen, alle anders gefinnigen, ja auch nur alle zweifelhaften Elemente aus Ämtern und Stellungen jeder Art zu entfernen und so eine Klassenherrschaft im wahren Sinne des Wortes zu begründen, wie sie bis dahin nur in den kühnsten Spekulationen völlig hoffnungslos revolutionärer Köpfe ihr bluttrübes Weien trieb. Indessen — es ging, zu allgemeiner Überraschung besser sogar, als die Bolschewisten selber es zu hoffen gewagt hatten. Was ihnen zugute kam, war die fürchterliche Erschöpfung des Landes durch den Krieg und die Selbstzerfleischung der Gesellschaft, an der auch Herr Kerenski schon fleißig und erfolgreich gearbeitet hatte. Wer in diesem entsetzlichen Chaos den Rut fand, das Steuerrohr zu ergreifen, der hatte wirklich keinen Nebenbuhler zu fürchten. Langsam zwar, aber doch merklich begann die Staatsmacht wieder in Gang zu kommen, ab und zu durch heftige Stöße unterbrochen, aber ohne deswegen abermals völlig ins Stocken zu geraten. Die neue Ernte steht vor der Tür, und damit konnte wohl die schwerste Sorge der Moskauer Regierung bis auf weiteres als beseligt gelten.

Indessen, die Rechnung war ohne die Entente gemacht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht dazu führen, daß sie sich vom Kriege abwenden — so ist es durchaus nicht gemeint. Wo wurden, wie man in Griechenland die famosen Venizelisten gegen die nahezu das gesamte Volk umfassende Partei des Königs Konstantin mobilgemacht hat, hier in Rußland die Sozialrevolutionäre aufgeführt, um sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen, den Frieden von Brest-Litowsk den Mittelmächten aufzukündigen und danach von neuem die Waffen gegen uns zu erheben. Lenin kann wohl in berechtigter Erwartung von Bolschewismus und Verrat sprechen, aber England ist noch niemals vor den schimpflichsten Mitteln zurückgeschreckt, wenn es damit seinen Interessen den Weg bereiten konnte, und nur darauf kann es jetzt ankommen, wer die Macht hat, die brutale Macht, in diesem rachsüchtigen Spiel mit dem Feuer seinen Willen durchzusetzen. Das war immer so in der vieltausendjährigen Geschichte der Menschheit und wird immer so sein, auch wenn Herr Wilson noch einmal seinen idealen Völkerbund erleben sollte. Bis jetzt sind die Straßenkämpfe in Moskau zugunsten der Bolschewisten ausgefallen, aber wir befinden uns erst im Anfangsstadium dieses neuen — der wievielten schon? — russischen Revolution. Es wäre verfehlt, den Tag vor dem Abend loben zu wollen.

Lenin spricht in seinem Aufruf auch von den Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus. Er weiß also ganz gut, wo letzten Endes die eigentlichen Salunken sitzen, denen die Ermordung des deutschen Gesandten aufs Konto zu legen ist. Hoffentlich wird es ihm vergönnt sein, die selbstverständlichen Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen.

Sieg der Bolschewisten.

Saag, 8. Juli.

Eine russische drahtlose Meldung besagt, daß die gegenrevolutionäre Erhebung der Sozialrevolutionäre der Linken in Moskau unterdrückt ist.

Nach Meldungen aus Sellsingsfors hatten die Entente-Feldzüge, die Sozialrevolutionäre und Bolschewisten, bereits für den 2. Juli den Aufstand angelegt. Nach einem vorbereiteten Plan sollten in den verschiedenen Stadtvierteln gleichzeitig die Anhänger der alten bürgerlichen Ordnung die Macht an sich reißen. Der Tag verlief jedoch ruhig.

Die Moskauer Ereignisse.

Die Kämpfe mit den Truppen der Bolschewisten waren besonders heftig in der Nacht vom 8. zum 7. englische Agitatoren nahmen am Kampfe teil. Die Sowjettruppen haben, dank ihrem sofortigen scharfen Zufahren, die Ordnung rasch wieder hergestellt. Am 7. abends hörte das Artilleriefeld auf. Nur kleine Truppen der Aufständischen lagen in Gewehrfeuer mit den Bolschewisten. Der Aufstand war mißlungen.

Verhaftung der Aufständischen.

Nach der Ermordung des deutschen Gesandten waren die Mörder in das Gebäude, in welchem der in Moskau tagende Kongress der Linken Sozialrevolutionäre untergebracht ist, geflüchtet. Von hier aus leiteten die Sozialrevolutionäre den Aufstand. Nachdem die Bolschewisten wieder Herren Moskaus geworden waren, wurde das Kongresshaus von Bolschewisten umzingelt und belagert. Die Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem Kongress heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon gefasst sind, ist nicht bekannt. In Petersburg scheint alles ruhig geblieben zu sein. Dort sind lebhaft durch die Bolschewisten unzuverlässige Mannschaften der auf der Newa liegenden Torpedoboote verhaftet worden.

Italien fürchtet eine neue Offensive.

Die Schweizer Blätter berichten, erzählen Überläufer aus Italien, daß dort wieder mit einer neuen österreichischen Offensive gerechnet wird. Die Pläne gehen mehr und mehr in ihr Bett zurück, doch nimmt man nicht an, daß der neue österreichische Vorstoß hier, sondern an einer anderen Stelle erfolgen werde. Die Nervosität in Italien wird durch dergleichen Gerüchte, die überall Glauben finden, wieder gesteigert. Sie läßt sich auch durch die phantastischen Befangensziffern nicht weismachen, die der italienische Oberbefehlshaber auführt. Der Dritte Befangene ist ein Dutzendspieß. Nach einer amtlichen Wiener Erklärung sind seit Beginn der Schlacht in Venetien 15 000 Mann gefangen genommen worden. Demgegenüber beläuft sich die Zahl der in die Hände der österreichisch-ungarischen Truppen gefallenen Italiener bekanntlich auf weit über 50 000.

Rühlmanns Rücktritt genehmigt.

Admiral v. Dintze Nachfolger.

Berlin, 9. Juli.

Eine Sonderdepeche des W. T. B. meldet: Die un-berühmte Veranlassung, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Rühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, Admiral von Dintze, genannt, eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

Die Rühlmann-Krise, die ihren Höhepunkt durch die Angriffe gegen den Staatssekretär infolge seiner Reichstagsrede über die Ostfragen erreichte, war kaum anders zu lösen, als durch den Rücktritt Rühlmanns, den man allgemein nur als eine Frage der Zeit ansah. Einer späteren Geschichtsschreibung wird es vorbehalten sein, die tieferen Gründe aufzuzeigen, die letzten Endes den Sturz von Rühlmann herbeigeführt haben. Als in dem Rühlmann-Prozess die Vertagung ausgesprochen wurde, waren Eingeweihte sicher, daß der Staatssekretär das Ende des Prozesses nicht mehr im Auge abwarten werde.

Der neue Staatssekretär des Außern.

Paul v. Dintze ist am 13. Februar 1864 als Sohn eines bürgerlichen Kaufmanns in Schwedt a. D. geboren.

Er ist nicht aus der diplomatischen Karriere, sondern aus der Marine hervorgegangen. Der Gesandte v. Dintze gilt von seiner Tätigkeit in Petersburg her als ein besonders guter Kenner der russischen Verhältnisse. Es geht ihm der Ruf eines umsichtigen, vor allen Dingen außergewöhnlich energischen Diplomaten voraus. Wie veranlaßt, hat im Hauptquartier eine längere vertrauliche Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem künftigen Staatssekretär stattgefunden, bei der sich die völlige Übereinstimmung über die Fortführung der bisherigen Politik zwischen den beiden Staatsmännern ergab. Von amtlichen Kreisen nahe-



Staatssekretär v. Dintze.

stehender Seite wird endlich noch Wert auf die Feststellung gelegt, daß Herr v. Dintze parteipolitisch in keiner Weise festgelegt sei und daß alle in dieser Beziehung verbreiteten Gerüchte falsch seien. Wenn also hier und da behauptet wird, der Wechsel im Auswärtigen Amt werde auch ein Kurswechsel hinsichtlich der Ostfragen nach sich ziehen, so ist diese Meldung unzutreffend.

Im Zusammenhang mit der politischen Lage ist es bemerkenswert, daß erst vor einigen Tagen eine neue Einigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien zu Stande gekommen sein soll. Die Rede Scheidemanns am Mittwoch letzter Woche hatte, wie verlautet, weitere Kreise gezogen, als zuerst angenommen wurde, und Herr von Bayer hatte bei einem Übergang der Sozialdemokratie in die Opposition seinen Rücktritt angekündigt. Durch Vermittlung des Zentrums wurden die Gegensätze wieder überbrückt und Herr v. Bayer gab daraufhin die Rücktrittsabsichten wieder auf.

Rühlmanns Rücktritt und die Parteien.

Berlin, 9. Juli abends.

Auf die Nachricht vom Rücktritt des Staatssekretärs v. Rühlmann wurde die heutige Vollversammlung des Reichstags um 1/2 Uhr unterbrochen. Die Unterbrechung dauerte zwei Stunden. In der Pause fanden interfraktionelle Beratungen der Mehrheitsparteien statt, an denen die Nationalliberalen nicht teilnahmen. In parlamentarischen Kreisen hat Herr v. Rühlmanns Rücktritt durchaus überraschend gewirkt, da noch gestern abend der Bisanzler v. Bayer versichern zu können glaubte, daß das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs abgelehnt werden würde. Die Sozialdemokraten erklärten, daß durch den Rücktritt eine neue Lage geschaffen sei, und daß sie deshalb die Kriegskredite nicht ohne weiteres bewilligen könnten. Einen endgültigen Beschluß hierüber werden sie erst heute Abend fassen.

Was die Haltung der Parteien betrifft, so verhalten sich die Nationalliberalen abwartend; sie wollen zunächst feststellen, wie Herr v. Dintze, der zum Nachfolger des Herrn v. Rühlmann ausersehen ist, sich zur Friedensfrage stellen wird. Die Polen werden die Kreditvorlage ablehnen oder sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Unter den Fortschrittler sind die Ansichten geteilt: während die einen den Staatshaushalt verabschieden wollen, möchten die anderen abwarten, welches Programm Herr von Dintze entwickeln wird. Man rechnet damit, daß letzterer im Hauptauschuss erklären wird, daß er keineswegs einseitig orientiert sei. Ob nach all den gedachten Umständen die in Aussicht genommene Vertagung des Reichstags schon Donnerstag wird stattfinden können, ist einstweilen noch fraglich.

Kleine Kriegsspost.

Berlin, 9. Juli. Wie von ausländischer Stelle versichert wird, embehrt das Gerücht, das wehrpflichtige Alter solle auf 50 Jahre erhöht werden, jeder Begründung.

Brauchen wir eine Börse?

Von einem bekannten Finanzschriftsteller wird uns zur Frage der Erhöhung des Aktienstempels geschrieben:

Der Antrag Groeber auf Erhöhung des Aktienstempels hat eine Protektionseinnahme zur Folge, wie sie Deutschland